Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 612

Donnerstag, 29. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachtschluß Dresdner Fernsprecher-Sammelnummer: 25241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. Bringerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Erfüllungsort Dresden. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Verl. u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1005 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England wünscht neue Fünferkonferenz

Fühlungnahme zwischen London und Paris

London, 29. Dezember. Der Pariser amerikanische Botschafter Edge befindet sich zur Zeit in London. Er beabsichtigt, am Donnerstag wieder nach Paris zurückzukehren. Gleichzeitig befindet sich auch der Pariser englische Botschafter, Lord Tyrrell, in London, wo er bereits mehrere Male im Außenamt vorgesprochen hat. Politische Kreise sind der Meinung, daß die englische Regierung den Gedanken einer Wiederaufnahme der Fünfmächtebesprechungen im Januar in London noch nicht fallengelassen hat. Es sei möglich, daß eine diesbezügliche Fühlungnahme zwischen London und Paris stattgefunden habe.

Keine Zusammenkunft Schleichers mit Paul-Boncour

London, 29. Dez. Dem „Daily Telegraph" zufolge spricht man in diplomatischen Kreisen viel von der Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft oder sogar eines Besuchsaustausches zwischen General von Schleicher und Paul-Boncour. Eine Entwicklung in dieser Richtung würde nicht nur in London, sondern auch in Washington einen günstigen Eindruck machen.

An Berliner zuständiger Stelle ist von einem beabsichtigten Zusammentreffen des Reichskanzlers mit Paul-Boncour nichts bekannt.

Davis über die Weltwirtschaftskonferenz

Paris, 29. Dez. Der Washingtoner Berichterstatter des „Petit Parisien" gibt eine Unterredung mit Norman Davis wieder. Davis habe erklärt, daß die Vereinigten Staaten der Weltwirtschaftskonferenz größte Bedeutung beimessen. Hoover und Roosevelt stimmten darin überein, daß die Rohstoffrage im Vordergrunde stehen müßte. Die Vereinigten Staaten würden in erster Linie die Frage aufwerfen, wie man die Rohstoffpreise namentlich in Getreide verringern und die Preise stabilisieren könne. Die amerikanische Regierung sei bereit, über die Zollpolitik zu verhandeln. Auch sei sie an der Stabilisierung des Sterlingkurses stehr im engen Zusammenhang mit der Kriegsschuldenfrage. Roosevelt sehe diese Verbindung sehr wohl, aber die Weltwirtschaftskonferenz scheine zur Erörterung dieses Problems nicht geeignet. Die Kriegsschulden müßten seiner Ansicht nach Gegenstand gesonderter Verhandlungen bilden. Was das Abrüstungsproblem anlange, so hoffe er daß man bald zu einem Ergebnis gelangen werde. Zunächst gedenke er, ein französisch-italienisches Flottenabkommen zustandezubringen.

„Braucht Amerika einen Diktator?"

Neuyork, 29. Dez. Der Roosevelt nahestehende frühere Berater des Präsidenten Wilson, Oberst House, fordert in einer Zeitschrift unter der Ueberschrift „Braucht Amerika einen Diktator?" eine baldige Zusammenkunft der „starken Männer" Amerikas ohne Rücksicht auf politische Streitigkeiten, um Pläne für die Beseitigung der Wirtschaftskrise zu entwerfen. Wenn Amerika einen Diktator erhalten würde, so schreibt House, würde er mehr Lenin als Mussolini ähneln. Aehnliche Vorschläge macht der demokratische Senator Harrison, der für die Behebung der Wirtschaftskrise aus politischen, Wirtschafts- und Finanzkreisen fordert.

Die Handelsabkommen mit Frankreich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Dez. Seitens des Auswärtigen Amtes werden heute die ersten näheren Mitteilungen über das dieser Tage unterzeichnete deutsch-französische Zusatzabkommen gemacht. Den Anlaß zu diesem Abkommen gab die Tatsache, daß Frankreich auf Drängen insbesondere der Kammer seine Freiheit auf dem Gebiete des Zolltarifwesens wiederbekommen wollte. Die Kaufkraft ist in Frankreich im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern noch sehr stark. Die vielfach unter politischem Druck forcierte Wareneinfuhr auch nach Frankreich führte dazu, daß sich die französische Produktion und der französische Handel durch die ausländische Konkurrenz in ihren Erwerbsmöglichkeiten beengt fühlten. Das von Frankreich zunächst eingeführte System der Kontingentierungen erwies sich nach der Auffassung des französischen Parlaments und auch der französischen Regierung als unzulänglich, und so verlangte man die Wiederherstellung der Zolltarifreiheit. Wäre sie in vollem Umfange wiederhergestellt worden, so hätte der deutsch-französische Handelsvertrag für Deutschland jeden Wert verloren. Auf der anderen Seite hatte allerdings auch Deutschland den Wunsch

im Handelsverkehr mit Frankreich eine gewisse Bewegungsfreiheit, die durch den Handelsvertrag beschränkt war, zurückzuerhalten.

Für die deutsche Abordnung, die die Verhandlungen mit Frankreich führte, ergab sich so die Aufgabe, auf der einen Seite den Wunsch Frankreichs nach voller Zolltarifreiheit abzubiegen, anderseits aber auch für Deutschland eine gewisse Freiheit zu erhalten. Von einer Kündigung des gesamten Handelsvertrages sah man auf beiden Seiten aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ab und schlug die in dem Zusatzabkommen zum Ausdruck gekommene neue Methode ein, an Stelle der bisherigen starren Bindungen, deren Beseitigung auch in einzelnen Positionen jedesmal eine Kündigung des gesamten Vertrages notwendig macht, zu einem System sogenannter elastischer Bindungen zu schreiten, so daß man sich darauf beschränken kann, die Positionen aufzukündigen, in denen man Handlungsfreiheit wünscht. Seitens des Auswärtigen Amtes wird erklärt,

daß diese Methode ein Experiment sei, das sich in einer wirtschaftlich labilen Zeit wie der gegenwärtigen zwar rechtfertigen lasse, für normale Verhältnisse dagegen kaum anwendbar wäre.

Auf deutscher Seite legte man Wert darauf, es mit Frankreich zu keinem Bruch kommen zu lassen, weil der Fortfall des deutsch-französischen Handelsvertrages erhebliche handelspolitische Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte, da ja das in den letzten Jahren aufgebaute Netz von Handelsverträgen ohnehin in der Auflösung begriffen ist. Frankreich sei in wirtschaftlicher Hinsicht für uns auch deshalb noch von Bedeutung, weil es die deutsche Ausfuhr in Goldvaluta und ohne Devisenrestriktionen bezahle. Man bekomme also für den deutschen Export nach Frankreich bares Geld, was im Handelsverkehr mit den meisten anderen Ländern nicht der Fall sei.

Die Verhandlungen wurden daneben auf beiden Seiten mit dem Willen geführt, es zu keiner Machtprobe kommen zu lassen. Eines der Hauptziele, die Frankreich mit der Unterzeichnung des Zusatzabkommens verfolgt, besteht darin, die inzwischen eingeführte Kontingentierung fallen lassen zu können. Es ist daher anzunehmen,

daß Frankreich mit dem Inkrafttreten des Abkommens für eine Reihe von Positionen von dem Einzelkündigungsrecht Gebrauch machen wird.

Entgegen den von sozialdemokratischer Seite stammenden Behauptungen, daß man sich deutscherseits auf die Abmachungen eingelassen habe, um Zollerhöhungen für Agrarprodukte vornehmen zu können, wird darauf hingewiesen, daß der agrarische Export Frankreichs nach Deutschland eine ganz geringe Rolle spielt.

Die Verhandlungen über das Zusatzabkommen haben am 21. November begonnen. Sie wurden durch Vorbesprechungen in Genf und Stresa eingeleitet und nahmen vier Wochen in Anspruch. Am 21. Dezember gelangte man zur Paraphierung des Zusatzabkommens, und gestern, am Mittwoch, erfolgte die Unterzeichnung. Der Text des Abkommens wird am Donnerstag im „Reichs-Anzeiger" zur Veröffentlichung gelangen. Das Abkommen selbst besteht aus neun Artikeln, zwei Positionslisten und einem Zeichnungsprotokoll. Die Artikel 1 bis 4 regeln die Frage der Meistbegünstigung für den Warenverkehr, und zwar läuft die Regelung darauf hinaus, daß wir in Frankreich und Frankreich bei uns für das volle Ausfuhrinteresse die volle Meistbegünstigung genießen. Die für die Meistbegünstigung in Betracht kommenden Waren sind in beiden Listen niedergelegt. Auf den Wunsch der französischen Regierung hin sind gewisse Ausnahmen von der Meistbegünstigung vereinbart worden. Diese Ausnahmen, im ganzen 10 Positionen, sind für beide Teile ohne besonderes handelspolitisches Interesse. Außerdem ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß später diese Ausnahmen, falls sie für einen der Vertragspartner Bedeutung erlangen, nachträglich durch Aufnahme in die Meistbegünstigungsliste fortfallen können.

Neu aufgenommen ist eine Währungsschutzklausel,

das heißt, daß jeder Teil berechtigt ist, falls die Währung des anderen Teiles sich plötzlich um mehr als 10 v. H. verschiebt, Zollzuschläge zu erheben.

Parallel mit diesem Vertrage haben Verhandlungen stattgefunden über den Abschluß eines Devisenabkommens. Dieses Abkommen ist am 24. Dezember unterzeichnet worden. Danach werden im Warenverkehr mit Frankreich die gleichen Erleichterungen geschaffen, wie sie auf Grund ähnlicher Abkommen mit Italien und Schweden bestehen. Die Devisenbewirtschaftungsstelle und die Handelskammern sind mit ausführlichen Weisungen zur Ausführung dieses Abkommens versehen worden.

Verhandlungen über den Abschluß eines Reiseverkehrsabkommens sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

Reichslandbund fordert völlige Sperre der Buttereinfuhr

Berlin, 29. Dez. Die Pressestelle des Reichslandbundes gibt ein Telegramm bekannt, das der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kalckreuth, in Anbetracht des Zusammenbruches der Butterpreise an den Reichskanzler gerichtet hat. Die Butterpreise haben heute mit 95 Reichsmark gegenüber 135,5 Reichsmark im Dezember 1913 je Zentner Berliner Notierung

einen neuen Rekordtiefstand

erreicht. Das Telegramm erklärt, im Lande herrsche allenthalben „heftige Empörung über den infolge Tatenlosigkeit der Reichsregierung erfolgten völligen Zusammenbruch der Butterpreise". Der Reichslandbund fordere schnellstes energisches Eingreifen und bis zur Herstellung geordneter Marktverhältnisse völlige Buttereinfuhrsperre. Der Reichslandbund halte sich für verpflichtet, allen Ernstes auf die ständig wachsende bedrohliche Erregung in der gesamten deutschen Landwirtschaft hinzuweisen.

Forderungen des Handwerks

Hannover, 29. Dez. Der Zeitungsdienst des Reichsverbandes des deutschen Handwerks schildert in einem Jahresrückblick die Forderungen des gewerblichen Mittelstandes. In diesem Rückblick werden unter anderem die Forderungen des deutschen Handwerks auf Einschränkung der Gewerbefreiheit erwähnt. Danach soll die Ausübung eines Handwerksbetriebes von der Ausfertigung einer Handwerkerkarte abhängig gemacht werden, die auf der Grundlage der Handwerksrolle auszustellen ist. Ferner wird als Voraussetzung für die Ausübung eines Handwerksbetriebes die Berechtigung zur Führung eines Meistertitels verlangt. Zur Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung wird bemerkt, diese Rede habe die Bedenken des Handwerks nicht zu zerstreuen vermocht, daß eine unmittelbare Belebung der Wirtschaft nicht zu erwarten sei. Arbeitsbeschaffungsprogramme für die öffentliche Hand blieben doch immer Krücken für die Wirtschaft. Die Regierung Papen habe durch die Bereitstellung von 50 Millionen Reichsmark für Hausreparaturen eine recht günstige Teilbelebung der Wirtschaft erreicht. Dieser Weg sollte mit aller Energie weiterbeschritten werden. Zum Schluß heißt es, der Reichsverband des deutschen Handwerks habe die Errichtung eines besonderen Reichsministeriums für den gewerblichen Mittelstand gefordert.

Paris vom Zusatzabkommen befriedigt

Paris, 29. Dezember. Das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag wird hier mit Genugtuung begrüßt. Havas hebt die erzielten günstigen Ergebnisse hervor und erklärt, man habe eine Atmosphäre guten Einvernehmens auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen den beiden Ländern hergestellt. Der offiziöse „Petit Parisien" schreibt, daß die neue Regelung Frankreich einen tatsächlichen Nutzen bringe. „Excelsior" spricht von einer gerechten und vernünftigen Grundlage des neuen Abkommens, die im wesentlichen den französischen Forderungen Rechnung trage. „Echo de Paris" ist zurückhaltender, stellt aber einen gewissen Fortschritt nicht in Abrede.

Die „Journée Industrielle" bezeichnet den Abschluß der Verhandlungen als eines der glücklichsten Ereignisse, da Frankreich nicht nur die Tarifreiheit wieder gewonnen habe, sondern auch die Meistbegünstigungsklausel in ihrer Anwendung stark beschränken könne.

Dr. Eckener fährt nach Batavia

Berlin, 29. Dez. (Eig. Drahtmeldung.) Der Leiter des Luftschiffbau Zeppelin, Dr. Hugo Eckener, verläßt heute Friedrichshafen, um nach Batavia, der Hauptstadt Javas, zu reisen. Dr. Eckener unternimmt, wie es heißt, diese schon seit längerer Zeit geplante Reise im Auftrage einer holländischen Interessentengruppe. Er soll die Bedingungen für einen Luftschiffverkehr nach den holländischen Kolonien prüfen und vor allem erst das Wetter im Indischen Ozean und um Batavia, das für einen regelmäßigen Betrieb von außerordentlicher Wichtigkeit ist, studieren. Im März des kommenden Jahres wird Dr. Eckener, der von seiner Frau begleitet wird, nach Deutschland zurückkehren.

Postflugzeug brennend abgestürzt

Paris, 29. Dez. Nach einer Blättermeldung aus Madrid stürzte gestern das Postflugzeug Barcelona—Toulouse in der Provinz Lerida brennend ab. An Bord befanden sich der Pilot und zwei Hochzeitsreisende. Der Pilot und die junge Frau verbrannten, der Ehemann wurde schwer verletzt.

Schlagwetterunglück in Ungarn - 13 Tote

Budapest, 29. Dez. **Nach einer Meldung aus Fünfkirchen hat sich in der Grube von Nagymanok eine schwere Schlagwetterexplosion ereignet. 13 Bergleute wurden dabei getötet, ein Bergmann wurde schwer verletzt. Er liegt im Krankenhaus. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.**

SLUB
Wir führen Wissen.